

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Deutschen Bühnenvereins, Landesverband Baden-Württemberg

1. Das Land unterhält und fördert derzeit
 - zwei Staatstheater
 - drei Landesbühnen
 - neun Kommunaltheater
 - zahlreiche Kleintheater und Figurentheater
 - Freie Theater.

Welchen grundsätzlichen Stellenwert in der kulturpolitischen Prioritätensetzung hat für Sie die Landesförderung? Wollen Sie die bisherige Förderung erhalten oder weiter ausbauen?

DIE LINKE ist der Auffassung, dass sich das Land Baden-Württemberg aus der Landesförderung nicht zurück ziehen darf und die genannten kulturellen Institutionen weiterhin unterhalten und fördern muss. Im Landtag werden wir uns dafür einsetzen, die Förderung des Landes für kulturelle Einrichtungen quantitativ wie qualitativ weiter auszubauen und hoffen dabei auch auf gute Zusammenarbeit mit dem baden-württembergischen Landesverband des Deutschen Bühnenvereins.

2. Das Land Baden-Württemberg hat in den vergangenen Jahren bei den Staatstheatern, bei den Landesbühnen und bei den Kommunaltheatern entstandene Tarifsteigerungen anteilig ausgeglichen.
Werden auch sie sich im Zuge einer Planungssicherheit dafür einsetzen, dass auch künftig anteilig die Tarifsteigerungen übernommen werden?

Das ist für DIE LINKE selbstverständlich. Wir sichern verbindlich zu, im Landtag entsprechend abzustimmen.

3. Das Land Baden-Württemberg hat bisher unter Beibehaltung der vorhandenen Sparten bei den von ihm geförderten Einrichtungen am Ensemble- und Repertoirebetrieb festgehalten.
Wie ist Ihre Position hierzu?

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dies auch in Zukunft so fortzuführen.

4. Neben der Institutionellen Förderung unterstützt das Land Baden-Württemberg die Zusammenarbeit seiner Theater durch Projektförderung.

Können Sie sich vorstellen, diese Förderung in einzelnen Bereichen (beispielsweise Kulturelle Bildung und Interkultur) auszubauen?

DIE LINKE versteht Kulturförderung als eine dauerhafte Aufgabe, die sich nicht in projektbezogener Einzelförderung erschöpfen darf, sondern Kontinuität braucht. Wir werden im Landtag auf den Prüfstand stellen, ob manche Aneinanderreihungen von Einzelprojektförderungen nicht besser im Rahmen einer dauerhaften Kulturförderung institutionalisiert werden sollten. Dies gibt den im Kulturbereich arbeitenden Menschen mehr Sicherheit. Davon unabhängig wird es selbstverständlich auch weiterhin projektbezogene Förderung geben.

5. Im zuständigen Ministerium ist angedacht, einen Fachbereich "Kulturelle Bildung" einzurichten.

Aus Sicht des Landesverbandes des Bühnensvereins sind hierbei folgende Themen wichtig:

- Stärkung der theaterpädagogischen Arbeit
- Einrichtung eines Kultur-Kontaktlehrers an jeder Schule
- Einführung "Darstellende Kunst" / "Darstellendes Spiel" als Unterrichtsfach
- Einrichtung eines Lehrstuhls "Theaterwissenschaft" im Land.

Begrüßen Sie die Einrichtung eines solchen Fachbereichs und wie ist Ihre Haltung zu den Forderungen des Bühnensvereins?

DIE LINKE begrüßt sowohl die Einrichtung eines Fachbereichs „Kulturelle Bildung“ als auch die genannten darüber hinaus gehenden Forderungen des Landesverbands Baden-Württemberg des Deutschen Bühnensvereins. Wir sichern unsere konstruktive Unterstützung im Landtag dafür zu.

6. Wie kann aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Land Baden-Württemberg in den wichtigen kulturpolitischen Bereichen "Theater" und "kulturelle Bildung" verbessert werden?

Aus Sicht der LINKEN ist es nicht damit getan, hier eine verbesserte Kooperation zwischen Land und Kommunen auf dem Feld der Kulturpolitik in Aussicht zu stellen. Das Grundproblem besteht vielmehr darin, dass immer mehr Kommunen finanziell an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit geraten, weil sie im Zuge einer neoliberal ausgerichteten Wirtschaftspolitik von Bund und Ländern regelrecht in die Schuldenfalle getrieben werden. So werden die Spielräume zum weiteren Unterhalt von kulturellen Einrichtungen immer geringer. Im Kern muss es deshalb darum gehen, die Wirtschafts- und Steuerpolitik des Landes so zu gestalten, dass die Kommunen finanzielle Handlungsspielräume zurück gewinnen (siehe dazu unser Wahlprogramm zu konkreten Maßnahmen). Andernfalls wird die Lage vieler kultureller Einrichtungen in den Kommunen in den nächsten Jahren zunehmend schwieriger werden, bis hin zu dann unvermeidlichen Schließungen. Das wollen wir verhindern.